

Rede von Luigi Brillante in der Stadtverordnetenversammlung vom 1.6.2017 zum Haushalt 2017 (Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Vorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Das ist ein Thema, das man mit Herzblut verfolgen muss“, sagte Gesundheitsdezernent Stefan Majer in der letzten Plenarsitzung. Von welchem Thema sprach er? Vom Kampf gegen die schlechte Luft in Frankfurt? Von der seit Jahrzehnten miserablen hygienischen Wasserqualität unserer Flüsse und Bäche? Von der mangelhaften Versorgung pflegebedürftiger Migranten? Nein, der Gesundheitsdezernent sprach von Frankfurt als „Fairtrade-Stadt“, und das sehr ausführlich.

Er hat damit die Reichweite grüner Politik in der seit einem Jahr regierenden schwarz-rot-grünen Koalition treffend dargestellt: Die Themen der Grünen kosten die Koalitions-Partner nur ein Lächeln, die Stadt wenig und sie behagen dem Nordendler mit ökologisch restaurierter Stuckdecke.

Vor genau einem Jahr habe ich den Magistrat gefragt, was aus dem im Jahr 2013 von der damaligen Integrationsdezernentin und dem Oberbürgermeister vorgestellten "10-Punkte-Plan" für das Voranbringen der Integration geworden ist. Die vorläufige Antwort vom Februar 2017: Der Magistrat bedauert und bittet um Verständnis, aber er hat leider keine Ahnung (siehe B 37 vom 3.2.2017).

Integration bedeutet Teilhabe, das wird zwar in Sonntagsreden betont, aber wenn wir uns einmal hier im Saal umsehen, sehen wir, dass dies noch nicht Realität ist. Weniger als 10 Prozent der Stadtverordneten verfügen über einen Migrationshintergrund.

„Gleicher Zugang zu guter Bildung ist eine Grundvoraussetzung für die Integration von Menschen unterschiedlicher Sozialisation oder Herkunft in unsere Gesellschaft“ zitiere ich jetzt Bildungsdezernentin Sylvia Weber. Aber was macht die Koalition aus dieser Erkenntnis? In Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil fehlen Gymnasien und weiterführende Schulen, aber die Eltern dort wenden sich nicht an die Presse, gründen keine Online-Petition und locken somit keinen Frankfurter Bildungspolitiker hinter dem Ofen vor. „Der Grad der

Versorgung mit einer Schulform ist der entscheidende Parameter für die Inanspruchnahme dieser Schulform“, so die Bildungsforscherin Hillebrand. Solange also Gymnasien und Gymnasialzweige in Stadtteilen mit hohem Arbeiter- und Migrantenteil unterrepräsentiert sind, solange wird es keine Bildungsgerechtigkeit geben. Mit der Standortpolitik, wie sie die Koalition beispielhaft am Gymnasium Nied betreibt, das jetzt im Westend gebaut wird, entpuppt sie sich als Integrationsverhinderer.

Dazu passt die Ablehnung unseres Etatantrages E 260, mit dem wir die Übernahme der Fahrtkosten für SchülerInnen in der Oberstufe fordern. Weil es keine weiterführende Schule im Stadtteil gibt, sind gerade die SchülerInnen aus Stadtteilen mit finanziell schwächerer Bevölkerung gezwungen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Für viele Eltern mit geringem Einkommen bleibt ohne Kostenübernahme auch zukünftig die Finanzierung der Fahrtkosten für ihre Kinder schwierig, was zur Folge hat, dass einige begabte Kinder auf das Abitur verzichten müssen.

Bildungsgerechtigkeit, das sollte dieser Koalition ein „Herzblut“-Thema sein. Aber bei relevanten Themen würde sich ja zeigen, wie groß die Unterschiede innerhalb der Koalition sind. Gerade war in der Frankfurter Tagespresse zu lesen, dass es Engpässe bei den Inklusionsschulplätzen gibt. Das staatliche Schulamt wird jetzt einen Großteil der 30 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf den Integrierten Gesamtschulen zuweisen, ohne dass diese zusätzliche Förderlehrerstunden erhalten. Dabei stellen schon jetzt Lehrer laut einer aktuellen Umfrage der Inklusion in ihren Schulen ein vernichtendes Zeugnis aus. Unter den derzeitigen Bedingungen kann man Inklusion als gescheitert betrachten.

Was das staatliche Schulamt macht, geht uns nichts an, werden sie sagen, doch geht es! Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Verstehen wir Schule als einen Ort, in dem Kinder und Jugendliche aus verschiedenen sozialen Milieus und mit unterschiedlichen Voraussetzungen gemeinsam aufwachsen, damit sie sich Kennen- und Verstehen lernen, weil das die Grundlage einer funktionierenden und friedlichen Gesellschaft ist?

Zurück zum Haushalt: Abgelehnt hat die Koalition auch alle anderen Anträge unserer Fraktion. Zum Beispiel eine verbesserte Förderung des SeniorInnentreffs "Pro Seniore e.V." in Heddernheim auf 12.000 Euro. Oder die Wiederaufnahme der Förderung für das Frauen-Musik-Archiv in Höhe von 53.000 Euro, die die schwarz-grüne Koalition 2013 aussetzte. Die neue musikzeitung schreibt in ihrer aktuellen Ausgabe: *„Es gibt um die 1.800 vom Archiv „Frau und Musik“ in Frankfurt erfasste Komponistinnen aus 52 Nationen mit 28.000 Medieneinheiten, und die Welt schaut zu, wie ihre Werke im Archiv unter der dicken Staubschicht der Ignoranz verschwinden.“*

Auch die SPD schaut zu, muss man leider sagen. Dabei hat die SPD noch 2013 in ihrem Etat Antrag 245 gefordert, dass die Stadt die Streichung der Förderung zurücknimmt. Können Sie das erklären, Frau Dr. Wolter-Brandecker? Warum sich unter einem SPD-geführten Kulturdezernat plötzlich keine Lobby für das Frauen-Musik-Archiv findet, obwohl Sie doch in der Opposition noch die Sicherung des kulturellen Erbes von Komponistinnen gefordert haben?

Am Geld fehlt es jedenfalls nicht, betrachtet man die großzügigen Erhöhungen für die Wirtschaftsförderung Frankfurt und die Tourismus und Congress GmbH im Haushalt 2017. Mit Annahme unseres Etat Antrages 273 hätte die Stadt schmerzfrei 900.000 Euro sparen können. So manche Broschüre, die der Stadt mehr schadet als nützt, würde so nie gedruckt werden.

Viel Geld sparen könnte man auch durch die Auflösung der Traffiq, sind wir doch mit dem ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden und heutigen Verkehrsdezernenten Klaus Oesterling der Meinung, dass die Busprivatisierung ein Fehler war und die teure Doppelstruktur der Verkehrsgesellschaften mithin überflüssig ist. Zwar konnte die SPD bislang nur die Reduzierung der Busausschreibungen um die Hälfte durchsetzen, doch auch diese Verringerung der Aufgaben muss sich in der Reduzierung der Fördersumme von traffiq darstellen. Aber natürlich hat die Koalition auch unseren Antrag E 256 abgewiesen.

Träge und mutlos - oder wie es ein Frankfurter Journalist sagt: in „kleinem Karo“ - zeigt sich diese Koalition. Von Herzblut keine Spur.

Luigi Brillante
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt
Mobil: 0172 77 95 958
brillante.luigi@web.de

Alle Presseerklärungen und parlamentarischen Initiativen von Luigi Brillante finden Sie jetzt auch auf der Homepage der Europa Liste: <https://europaliste.wordpress.com/>